

DIE LINKE Neukölln ist ein Bezirksverband, der sich schon lange durch viel außerparlamentarische Aktivität auszeichnet. Dass Politik nicht einfach im Parlament gemacht wird sondern immer etwas "an den Füßen" braucht, gehört hier zum Kern der politischen Arbeit. Bei der BVV-Arbeit stehen wir vor denselben Herausforderungen wie Linke überall: Wie stellen wir nicht nur gute Anträge und Anfragen, sondern auch die Verhältnisse auf den Kopf? Bringt es etwas, sich auf Kompromisse einzulassen, um an anderer Stelle etwas zu erreichen? Wie beziehen wir die Basis der Partei mit ein und fällen Entscheidungen gemeinsam? Wie kann die Arbeit der Fraktion so gestaltet werden, dass wir als Team arbeiten und nicht aus dem Blick verlieren, was unsere Ansprüche und Ziele sind? Wie arbeiten wir mit Bündnispartner\*innen außerhalb des Parlaments zusammen und gewinnen neue Mitstreiter\*innen, um Druck aufzubauen?

Die Erfahrung linker Kommunalpolitik hat auch in Neukölln in den letzten Jahren gezeigt, dass **spürbare Verbesserung nur zu haben sind, wenn Leute auch außerhalb der BVV sich dafür einsetzen und Druck machen** - und selbst dann ist nicht garantiert, dass sie umgesetzt werden. Das liegt auch daran, dass der Einfluss von BVV und Bezirksamt begrenzt ist, der Einfluss einer linken Fraktion noch begrenzter. Das heißt nicht, dass linke Kommunalpolitik nicht erfolgreich sein kann. Außerparlamentarischer Protest und parlamentarische Arbeit können zusammen gedacht werden. So können auch aus der Opposition heraus Dinge durchgesetzt werden. Dafür, wie Druck von unten organisiert werden kann, gibt es viele Beispiele. Sie zeigen, dass es geht. Aber auch, dass man einen langen Atem braucht. Die Initiative Schule in Not hat das erste Bürgerbegehren in Neukölln erfolgreich abgeschlossen. Die BVV hat beschlossen, die Schulreinigung zu rekommunalisieren. Passiert ist das allerdings noch nicht. Die Initiative Hermannstraße für Alle, ebenfalls von Mitgliedern der LINKEN mitgegründet, hat dem Bezirksamt nach anderthalb Jahren Protest das Versprechen abgerungen, bald mit dem Bau eines Radwegs auf der Hermannstraße zu beginnen. Auch das ist noch nicht passiert. In Gropiusstadt haben Mieter\*innen dafür gesorgt, dass die Mietsteigerungen bekannt werden und engagieren sich seit Jahren dagegen. Mittlerweile ist Gropiusstadt ein Milieuschutzgebiet und der Mietentisch hat sich als dauerhafte Struktur etabliert. Ohne Genoss\*innen der LINKEN wäre das nicht passiert. Und die Initiative Kein Generalverdacht äußert laute Kritik an den schikanösen Razzien in Shisha-Bars, zu denen es vorher öffentlich kaum Widerspruch gab.

### **Linke Politik für Neukölln**

Wir machen nicht nur im engeren Sinne Kommunalpolitik, sondern linke Politik für Neukölln, zusammen mit den Leuten, die hier wohnen. Was unsere Schwerpunkte und Ziele sind, haben wir im Wahlprogramm [aufgeschrieben](#). Was unsere Erwartungen an Mandats- und Amtsträger\*innen sind, haben wir 2020 in einer [Vereinbarung](#) festgehalten. Eine enge Zusammenarbeit von Fraktion und Bezirksverband ist für uns selbstverständlich. Wichtige Entscheidungen treffen wir auf Mitgliederversammlungen und stellen unsere Arbeit in der BVV zur Diskussion. Was zählt ist nicht das regelmäßige Berichtswesen, sondern über wichtige Themen gemeinsam zu beraten und Entscheidungen zu treffen, an die sich die Verordneten und ggf. eine Stadträtin / ein Stadtrat auch gebunden fühlen. Was wir in der

kommenden Legislaturperiode auf jeden Fall brauchen, ist ein guter Kompass. Häufig wird völlig klar sein, wie wir uns als Fraktion und ggf. Stadträtin / Stadtrat zu etwas verhalten. Manchmal werden wir untereinander verschiedener Meinung sein. Und wenn es etwas Wichtiges zu entscheiden gibt und wir uns unsicher sind, dann stellen wir es im Bezirksverband zur Diskussion.

Erstmals wollen wir außerdem zwischen der zukünftigen Fraktion und dem Bezirksvorstand eine Geschäftsordnung beraten, die der Fraktion als Grundlage dienen soll. Ziel ist, dass die Arbeit demokratisiert und kollektiv gestaltet wird. Das soll sich auch in der Struktur widerspiegeln, denkbar wäre zum Beispiel eine Doppelspitze, um die Machtkonzentration bei einer Person zu vermeiden. All das sind Bestandteile dessen, was wir uns für die nächsten Monate und Jahre vornehmen. In einem [Antrag zu unseren kommunalpolitischen Leitlinien](#) haben wir die Ergebnisse der Diskussion skizziert.

### **Klug auswählen, Konflikte wagen**

Diese Leitlinien teile ich. Wichtig scheint mir darüber hinaus, wie wir unsere **Schwerpunkte setzen**. Wenn wir uns nicht von Tagesgeschäft und Presse treiben lassen, sondern selbst Themen setzen und schlagkräftige Kampagnen entwickeln wollen, müssen wir eine Auswahl treffen. Unsere Kapazitäten sind begrenzt. Es gibt einige Kriterien, die ich wichtig finde. Wir machen Politik für und mit den Neuköllner\*innen. Ganz besonders im Blick haben wir diejenigen, für die sonst niemand Politik macht. Die zu Niedriglöhnen arbeiten, die ausgegrenzt werden, von Jobcenter-Schikane betroffen sind und nicht wissen, ob das Geld für die nächste Miete reicht. Wenn wir uns ein Thema vornehmen, sollten wir uns fragen: Können wir ein konkretes Ziel benennen, zum Beispiel die Miete senken, das Vorkaufsrecht anwenden, mehr Personal einstellen, Kürzungen verhindern, Sanktionen abschaffen oder einfach Öffentlichkeit erzeugen? Für wen würde es etwas verbessern, wenn wir es erreichen? Gegen wen müssen wir uns durchsetzen? Haben wir eine Strategie, um zum Erfolg zu kommen und können einzelne Schritte benennen? Und vor allem: Gibt es außer uns Leute, die sich dafür einsetzen würden und Lust haben, mitzumachen?

Wenn das zutrifft, sind es gute Voraussetzungen. Wichtig ist auch die **Konfliktorientierung und ein Thema mit dem Sprechen über gesellschaftliche Kräfteverhältnisse zu verbinden**. Nicht jede Kampagne bietet das gleiche Potenzial dafür. Wenn wir zum Beispiel hören, dass Einwohner\*innen eines Straßenzugs unter vermüllten Gehwegen leiden, haben wir mit einer sonntäglichen Putzaktion nicht viel erreicht. Wenn wir aber die Frage stellen: Warum sind die Straßen hier dreckiger als in reichen Bezirken? Dann kommen wir schnell zu grundlegenden Problemen wie der strukturellen Unterfinanzierung von Kommunen und kapitalistischer Stadtentwicklung. Die Forderung nach einer bedarfsgerechten Reinigung wird entsprechend schwerer durchzusetzen sein als nachbarschaftliches Müllsammeln. Wir sollten im Gedächtnis behalten, dass die meisten Misstände in einer kapitalistischen Gesellschaft nicht am runden Tisch beseitigt werden können, weil Interessen gegeneinander stehen. Mieter\*innen wollen bezahlbare Mieten, Vermieter\*innen möglichst hohe Profite; und so weiter. Wir als LINKE wollen grundlegend etwas verändern. Das unterscheidet uns, und deshalb wird es auch ohne Konfliktorientierung nicht gehen. In kleinen Schritten können wir dazu beitragen, die Kräfteverhältnisse zu verschieben. Nicht zu unterschätzen ist dabei, dass auch vermeintlich kleine Themen und Ziele durchaus dazu geeignet sein können, sich mit anderen zu organisieren und dabei viel Neues zu lernen und Solidarität zu leben.

## **Mut zum Experiment und zum Scheitern - Stadtratsposten als Solidaritätsanker im Bezirksamt ausbauen**

Ein weiterer Punkt, der mir in den kommenden Jahren wichtig scheint, ist die Freude am Experimentieren. In der LINKEN gibt es viel Erfahrung mit parlamentarischer Arbeit auf allen Ebenen, und es gibt durchaus einige Erfolge. Viele Schweinereien würden zum Beispiel nicht ans Licht kommen, wenn LINKE nicht parlamentarische Anfragen stellen würden, grundlegende Kritik und soziale und ökologische Alternativen hätten keine Stimme im Parlament. Vorbilder für die Art von politischer Arbeit, die wir uns für Neukölln vorgenommen haben, gibt es aber kaum. Das gilt insbesondere für den Fall, dass wir erstmals eine/n Stadträtin / Stadtrat stellen. Das bedeutet schon aufgrund des Charakters dieses Postens eine besondere Herausforderung: Es ist ein Amt, kein Mandat, und das Bezirksamt soll mit einer Stimme sprechen. Nicht einfach also, dies mit unseren Leitlinien zu vereinen. Dennoch können wir gute Impulse setzen. Es ist wichtig, sich der Beschränkungen und Gefahren bewusst zu sein. Es ist aber auch wichtig, eine Idee davon zu haben, wie ein/e linke Stadträtin / Stadtrat einen Unterschied machen kann.

Und das halte ich für möglich. **Neukölln ist ein verhältnismäßig linker Bezirk.** Fast nirgendwo dürften so viele Aktivist\*innen verschiedener Bewegungen auf so engem Raum leben wie in (Nord)neukölln. DIE LINKE ist stark und hat über 600 Mitglieder. LINKE, Grüne und SPD haben gemeinsam eine satte Mehrheit. Auch wenn Grüne und vor allem die SPD hier keine linke Politik machen, werden viele Wähler\*innen andere Positionen vertreten, mit den Verhältnissen unzufrieden sein, manche schlicht nicht viel von Politik im Bezirk mitbekommen. Ich denke: Es gibt in Neukölln eine linke Mehrheit, die im Moment nur wenig repräsentiert und mobilisiert wird. Aus diesem Potenzial können wir schöpfen, hier haben wir Bündnispartner\*innen und können weitere finden, wir können Themen setzen und den Wind drehen. Wäre das nicht der Fall, wäre der Stadtratsposten aus meiner Sicht deutlich weniger sinnvoll.

Möglich ist einerseits eine gute **Öffentlichkeitsarbeit**: Im Bezirk, indem wir linke Standpunkte in der Presse und auf Veranstaltungen vertreten. Das dürfen wir offiziell nicht, machen aber sowieso alle. Da Neukölln nicht irgendeine Kommune ist, sondern überregional immer wieder in der Öffentlichkeit steht, ist auch über den Bezirk und Berlin hinausgehende Aufmerksamkeit drin. Ob das mit linken Positionen ebenso gut funktioniert wie mit rechten, werden wir sehen. Zwei Themen sehe ich als zentral an: Der Rassismus, der selten weit ist, wenn über Neukölln berichtet wird. Das wird sich in den nächsten Jahren wohl leider nicht ändern. Hier können wir einen Gegenpol bilden. Zweitens halte ich es für wichtig, die kommunale Unterfinanzierung und Schuldenbremse anzusprechen und Alternativen zu formulieren. So, wie es ist, muss es nicht bleiben. Seit Jahrzehnten wird uns eingetrichtert, dass die Kommunen sparen müssen und kein Geld da ist für Jugendarbeit, Hilfe für Wohnungslose, kostenlosen ÖPNV, ordentliche Löhne für Pflegepersonal, kulturelle Angebote. Doch das ist nicht so, das Geld ist da, und zwar auf den Konten der Reichen. Das immer wieder zu betonen, ist für mich Aufgabe von Linken. Sonst wird es nämlich niemand machen.

Neben klassischer Öffentlichkeitsarbeit können wir Formate entwickeln um mit

Neuköllner\*innen ins Gespräch zu kommen, die von Kommunalpolitik sonst nicht erreicht werden. Videos, Podcasts und soziale Medien, aber auch das direkte Gespräch. Das gilt für Fraktion und Stadträtin / Stadtrat. Dabei sollte es uns nicht nur ums Senden gehen, sondern einen Austausch auf Augenhöhe. Dass Politiker\*innen twittern oder einen Podcast haben, ist nicht selten. Dass jemand die Anliegen ernst nimmt und dazu einlädt, sich zusammen zu tun und etwas zu verändern, schon.

Andererseits können wir einen Unterschied machen, indem wir überall, wo es möglich ist, **Solidarität fördern statt zu spalten**. Denn das ist die Strategie, die rechte Bezirkspolitiker\*innen fahren, allen voran Gesundheitsstadtrat Liecke (CDU). In der Pandemie hat er Neuköllner\*innen gegeneinander ausgespielt, statt ordentlich seinen Job zu machen. Hier hätte eine linke Stadträtin / Stadtrat trotz aller Beschränkungen eine andere Politik machen können, um solidarischer durch die Krise zu kommen. Wir sollten, wo immer es geht, das Zusammenleben stärken. Gemeinsame Orte schaffen. Übersetzungen sicherstellen. Beratungsangebote machen. Gelder für verbindende Projekte im Bezirk sichern. Dafür sorgen, dass auf dem Amt anständig mit den Leuten umgegangen wird. Leute ernst nehmen und in Entscheidungen einbinden, und zwar nicht nur darüber, ob eine neue Parkbank oder doch eine Tischtennisplatte aufgestellt wird. Und natürlich auf Demos und Kundgebungen präsent sein. Inspiration können wir dabei im Austausch mit Genoss\*innen aus Berlin und anderen Städten, aber auch anderen Ländern gewinnen.

Auf welchem politischen Feld wir uns dabei bewegen, hängt maßgeblich davon ab, welches Ressort wir haben. Das wissen wir schlicht nicht, und ebenso wissen wir nicht, welchen Einfluss wir darauf überhaupt haben werden. Entscheidend ist für mich, dass wir in dem Gebiet Bündnispartner\*innen haben, Öffentlichkeit erzeugen können, im Idealfall relativ viel Spielraum und die Möglichkeit, auch symbolisch kluge Entscheidungen zu treffen und Projekte voranzubringen. Bis diese Entscheidung gefallen ist - so wir denn überhaupt einen Stadratsposten zu bekleiden haben - bleibt es vage. Doch es würde einen Unterschied machen, ob das Gesundheitsamt in einer Pandemie Dolmetscher\*innen zur Verfügung stellt und versucht, möglichst viele Menschen zu beraten und Teststellen effektiv zu organisieren; wenn sich eine Stadträtin / Stadtrat für Soziales öffentlich für ein Ende der Sanktionen einsetzt; wenn eine Stadträtin / Stadtrat für Bildung sich öffentlich hinter die Rekommunalisierung der Schulinie stellt und dafür Druck macht. Und im besten Fall eine linke Stimme in den Talkshows vertreten ist, in denen viel über Neukölln, aber selten mit Neuköllner\*innen geredet wird. Ob das klappt, wissen wir nicht. Aber wir sollten uns gemeinsam auf den Weg machen.